

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1.50 Mk. Im Voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ...

Richtlinien für die Sachverständigen.

Interalliierte Einigung über die Reparationsverhandlungen.

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen über die Einberufung der Sachverständigenkommission ...

Die Sachverständigen werden unabhängig sein. Die Kommission wird sich ausschließlich aus führenden Finanzfachleuten zusammensetzen.

jedoch kein „offizielles Mandat“ haben. Die Kommission tritt in Paris zusammen und bestimmt hier den endgültigen Sitz der Konferenz.

Die Frage des Mandats der Sachverständigen ist gegen Deutschland entschieden worden. Die deutsche Regierung hatte den Standpunkt vertreten, daß dieses Mandat bereits in der Genfer Vereinbarung vom 16. September genügend umschrieben und eine Präzisierung insofern überflüssig sei.

Leistung oder Geldbeutel?

Der Umfang des Berechtigungswesens.

Von einem Berufsberater.

Das Berechtigungswesen steht augenblicklich im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Wer die Mißstände ernsthaft beseitigen will, muß zunächst nach der Ursache des Übels suchen.

Was soll man dazu sagen, wenn beispielsweise bei der Reichsbahn ein Volksschüler, der über die praktische Lehre und Gesellenzeit und fünf Semester währenden Besuch einer staatlichen Baugewerkschule sich zum Techniker durchgearbeitet hat, geringer bezahlt wird als sein Fachgenosse, der bei gleicher Arbeitsleistung einzig den immerhin zweifelhaften Vorzug der mittleren Schulkreise besitzt.

Noch viele solcher unverständlichen Dinge gibt es. Zum Beispiel beim Gewerbelehrer: ein Oberstudienrat mit zweijähriger Praxis oder ein Volksschullehrer mit vierjähriger Berufsausbildung macht auf einer höheren Maschinenbau- oder Baugewerkschule seinen Techniker.

So sieht es aber allenthalben aus. Das Berechtigungswesen erweist sich allgemein als Schraube ohne Ende. Keiner wagt Halt zu gebieten. Die höheren Schulen haben ein gewisses und von ihrem Standpunkt auch verständliches Interesse daran, die Frequenz der Schule nicht sinken zu lassen.

Man glaubt den Zustrom der Jugendlichen zu den gehobeneren Berufen dadurch zu hemmen, daß man die Ausbildungszeit überall verlängert. Heißt es doch, daß auf den staatlichen Baugewerkschulen, höheren Fachschulen, dem Berufspädagogischen Institut und ähnlichen Anstalten die Ausbildungszeit um ein bzw. zwei Semester verlängert werden soll.

Wie soll man es verstehen, wenn der preussische Kultusminister in einer Pressebesprechung, die dem Thema „Berechtigungswesen“ gewidmet war, mitteilt, daß sein Ministerium in einer Sitzung des Staatsministeriums mit der Forderung unterlegen ist, daß für die mittlere Beamtenlaufbahn die Obersekundareife ausreichen sollte?

Der Völkerbund telegraphiert.

Mahnung an Bolivien und Paraguay.

Lugano, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

In zwei vertraulichen Sitzungen befaßte sich der Völkerbundrat am Dienstag mit den Grenzstreitigkeiten zwischen Paraguay und Bolivien. Der § 4 des Völkerbundespaktes verpflichtet den Rat zu solchem Eingreifen, noch ehe sich eine der kämpfenden Parteien an ihn gewandt hat.

In meiner Eigenschaft als amtierender Vizepräsident beehre ich mich, Ihnen folgende vom Völkerbundrat in seiner heutigen Sitzung einstimmig angenommene Entschlieung zu übermitteln:

Der in Lugano zu seiner 58. Tagung versammelte Völkerbundrat spricht seine volle Zuerkennung aus, daß die Zwischenfälle, die zwischen zwei Völkerbundmitgliedern (sachlich entstanden sind, sich nicht verschärfen werden. Er bezeugt nicht, daß die beiden Staaten, die durch ihre Unterzeichnung des Völkerbundespaktes sich freiwillig verpflichtet haben, die Lösung von Streitigkeiten, die zwischen ihnen sich erheben sollten, auf friedlichem Wege zu suchen, zu Maßnahmen greifen die im Übereinstimmung mit ihren internationalen Verpflichtungen und unter den gegenwärtigen Umständen als die empfehlenswertesten erscheinen, um zur Aufrechterhaltung des Friedens eine Beilegung ihres Streitfalles zu erzielen.

Bolivien gegen Untersuchungsausschuß.

Washington, 11. Dezember.

Die bolivianische Regierung hat das Staatsdepartement davon in Kenntnis gesetzt, daß sie einen Ausschuß zur Prüfung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay ablehnt.

Der Wortlaut der Völkerbundsentschließung.

Das nach La Paz und Asuncion im Auftrage des Völkerbundsrates durch den amtierenden Vizepräsidenten Briand gerichtete Telegramm lautet:

König Georgs Zustand fast hoffnungslos

Der Prinz von Wales nach einer Refordreise in London eingetroffen.

London, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Prinz von Wales (Thronfolger), der am 2. Dezember Daresisalam verlassen hat, ist nach einer zehntägigen, ununterbrochenen Reise am Dienstagabend nach London zurückgekehrt. Die Rückreise von Brindisi erfolgte in Sonderzügen, denen von der holländischen, schweizerischen und spanischen Eisenbahnverwaltung jede Bevorzugung vor dem normalen Verkehr zufließt geworden ist.

Die letzten Nachrichten über das Befinden des Königs beweisen, daß die Krise anhält. Der Zustand des Königs wird in London allgemein als fast hoffnungslos betrachtet.

Algerie 2, Frontkämpfer 45, Kriegesbeschädigte 30, Italienisches Nationalzentrum 8, Flottenverein 1, Kolonialinstitut 1, Genossenschaften 1, Sparkassen 1, Aktiengesellschaften 1, Korbarmadung 1, Italienischer Touringclub 1, Italienisches olympisches Komitee 1, Dopa Iapoto 1.

Russolini antwortete in einem Schreiben, in dem er erklärte, daß der Ausschuß seine Aufgaben hervorragend erfüllt und nicht nur formell, sondern auch dem Geiste nach das Gesetz in glänzender Weise interpretiert habe.

Poincarés Mehrheit verringert sich.

Nur noch 75 Stimmen — Budgetberatung im D-Zug-Tempo

Paris, 11. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Budgetdiskussion in der Kammer vollzieht sich in einem unaufhaltsamen Tempo. Die Regierung stellt bei jedem ihr nicht genehmen Antrag die Vertrauensfrage. Am Dienstag wurde im Verlauf der Debatte über das sogenannte Finanzgesetz, das die Einnahmen des Budgets regelt, ein Antrag der Opposition mit 328 gegen 253 Stimmen abgelehnt.

Das künftige Faschistenparlament.

Die berufständische Vertretung.

Rom, 11. Dezember.

Die parlamentarische Kommission die beauftragt war, ein Gutachten über die dem Großen Rat für die „Kandidatenliste“ vorzuschlagenden Körperschaften und die Zahl ihrer Vertreter abzugeben, hat ihre Arbeiten beendet und dem Regierungschef folgende Aufstellung der 216 von den Körperschaften zu stellenden Kandidaturen vorgelegt: Verband der Angestellten und Arbeiter 28, Faschistischer Verband der Volksschulen 10, Eisenbahner 5, Verband der Postangestellten 2, Angestellte bei den Staatsunternehmen 2, Universitäten 20, Mittelschulen 15, Akademien 9, Institute für höhere Künste 2, Faschistische Kulturinstitute 2, Deutscher

Parteitag in Magdeburg.

Am 10. März.

Der von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für das nächste Frühjahr in Aussicht gestellte Parteitag wird am 10. März in Magdeburg eröffnet. Der Parteitag wird sich vor allem mit dem Wehrproblem befassen.

Auffstieg in der Form eines Wetrennens geregelt wird: „Der den längsten Atem (lies: größten Geldbeutel) hat, gewinnt.“

Unter allen Umständen ist zu verlangen, daß das Leistungsprinzip, das bei den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten die selbstverständliche Voraussetzung ihrer Förderung bildet, auch bei den Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden in viel stärkerem Maße als bisher Beachtung findet. Damit wäre zunächst schon vieles gewonnen. Nicht die Frage nach der Vorbildung, sondern „was kann der Mensch?“ muß das Primäre sein. Das gleiche gilt auch für den Besuch der höheren Fachschulen. Hier muß der Praktiker, der sich durch Selbststudium entsprechende Kenntnisse angeeignet hat, den im ordentlichen Schulbesuch gebildeten Schüler gleichgestellt sein. Dann wird es sich schon zeigen, wer der Lächerliche ist.

Spricht man mit den Direktoren der höheren Fortbildungsanstalten, so sind sie entsetzt darüber, daß durch die immer höher geschraubten Bedingungen für den Besuch ihrer Schulen ihnen das so wertvolle Schülermaterial der Praktiker mehr und mehr entzogen wird. Sie erklären jedoch, dagegen nichts machen zu können, die Verordnungen kämen vom Ministerium. Die Vertreter des Ministeriums wiederum erklären, daß sie gewissermaßen von den betreffenden Landesorganisationen dazu gedrängt werden. Was bleibt also übrig, als daß unsere Vertreter in den Parlamenten endlich einmal mit aller Deutlichkeit und Gründlichkeit regelnd eingreifen.

Betrachtet man die Entwicklung der Dinge im Rahmen des zurzeit geltenden Berechtigungswesens, so ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß im Hinblick auf das einstmalige und angeblich auch jetzt noch existierende Ziel der Leistungsanerkennung wir uns allmählich von diesem Ziele immer weiter entfernen. Darüber täuschen auch Abendgymnasien und Aufbauschulen bei aller Anerkennung ihres Schaffens nicht hinweg. Was uns nottut, ist ein stärkerer Ausbau unserer Volksschulen und eine Aufstockung unserer Berufsschulen. Das würde auch gleichzeitig eine Freimachung des Weges nach unten hin bedeuten. Viele Jugendliche, die heute in der höheren Schule versagen oder sich schwer plagen müssen, manuell aber ganz hervorragend sind, würden dann den Weg zur praktischen Berufslehre viel ruhiger und unbedenklicher gehen. Ihnen ist ja dann im praktischen Beruf auch der Weg nach oben offen gelassen. Außerdem ist zu erwarten, daß dadurch die heute schon wieder stärker hervortretende geringere Einschätzung der Handarbeit endlich einmal ganz aufhört.

Man war sehr stolz darauf, daß im neuen Deutschland Landesprivilegien aufgehört haben. Nur das Können und die Leistungen sollten entscheiden. Ein einfacher Handwerker hat als erster Präsident die Geschichte des Reiches glücklich geleitet! — Wir sollten nach Kräften daran festhalten und uns daran hüten, durch augenblickliche wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Schwierigkeiten uns in alle, längst überwunden geltende Methoden hineindrängen zu lassen.

Opposition gegen Hugenberg.

Der Zwiespalt bei den Deutschnationalen.

Die „Hamburger Nachrichten“, das in Hamburg erscheinende Blatt, schreibt zur Errichtung der Diktatur Hugenberg:

„Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß der deutschnationale Vorstand eine Zusammenziehung erfahren hat, die denjenigen mit gewisser Unruhe zu erfüllen geeignet ist, der von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der deutschnationalen Volkspartei mit anderen bürgerlichen Parteien überzeugt ist. Es ist nicht zu leugnen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, als ob Geheimrat Hugenberg seine Partei in der unbedingten Opposition unter grundsätzlicher Verneinung der Mitarbeit im Staat führen will. Man weiß, daß die Reichstagsfraktion einen erheblich anderen Standpunkt einnimmt, aber man weiß auch, daß Vertreter dieser Richtung leider nicht mehr im alten Ansehen im neuen Parteivorstand vertreten sind. Um so mehr wird es der neue Parteivorstand, der eine erheblich größere Macht in Händen hat als sein Vorgänger, sich vor Augen halten müssen, daß seine Anhänger im Lande ihn nicht auf seinen Posten gerufen haben, weil er radikale Reden zu halten verstand, sondern weil sie in ihm staatsmännische Fähigkeiten vermuten. Daß diese nur in der Mitarbeit am Staate zu erskalten sind, steht außer Zweifel, und es wäre ein Unglück, nicht nur für die Partei, sondern für das gesamte deutsche Volk, wenn diese Hoffnungen nicht verwirklicht würden.“

Das ist deutlich und enthüllt die großen Gegensätze, die zwischen der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Hugenberg-Vorstand bestehen.

Quack-Lustig.

Soll der Haushaltsausschuß Filmgeschäfte nachprüfen?

Am Ausschuss für den Reichshaushalt entspann sich in der Diensttagung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Geschäftsordnungsdebatte über kritische Äußerungen, die in einer der vergangenen vertraulichen Sitzungen des Ausschusses Abg. Dr. Quack (Dnat.) über den im Zusammenhang mit der Emelka genannten Herrn Quack wiedergegeben hatte. Herr Quack hatte sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses gewandt und ihm Material zu seiner Rechtfertigung überlassen. Die Aussprache drehte sich um die Frage, auf welche Art das Material den Mitgliedern des Ausschusses und eventuell der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht werden soll. Abg. Dr. Quack stellte sich, daß er gegenüber einem Beauftragten des Herrn Quack bereit erklärt hatte, dessen Material zu prüfen, daß dies aber abgelehnt worden sei.

Der Ausschuss lehnte es ab, das dem Vorsitzenden überlassene Material des Herrn Quack entgegenzunehmen und überließ es dem Vorsitzenden, Herrn Quack auf sein zu beschreiben, sein Material solchen Mitgliedern des Ausschusses direkt zuzustellen, bei denen er ein Interesse an der Angelegenheit vermutet.

Es wurde dann die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte über die Zinsverbilligung für Exportkredit weitergeführt. Hierzu lagen zwei Anträge vor. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen erklärt sich mit der Gewährung der Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure einverstanden, mit der Maßgabe, daß die Zinsverbilligung einstweilen auf kriegsgefährdete Firmen (Liquidationsgefährdete, Gewaltgefährdete, Ausgleichsgefährdete) beschränkt werde. Der

Der Krach im Zentrum.

Eine Erklärung Stegerwalds.

„Unglückliche Umstände haben weitgehende Wirrung erzeugt“, heißt es in einem Aufsatz der „Germania“ über den Rührer Parteitag des Zentrums. Die Wirrung geht wirklich weit, und sie wird nach dem Parteitag eher noch größer; denn jetzt beginnt man die Schuldfrage zu erörtern. Herr Stegerwald veröffentlicht eine lange Erklärung gegen Angriffe, die in der Zentrumspresse gegen ihn erfolgt sind. Die Erklärung lautet:

„Gegenüber einer westdeutschen Zentrumszeitung stelle ich folgendes fest: Nicht ich habe in Köln die Zentrumsfraktion in eine schwierige Lage gebracht,

sondern die Zentrumsfraktion hat umgekehrt mit meine politische Arbeit für die Zukunft außerordentlich erschwert.“

Nicht um die „Diktatur einer Interessentengruppe“ ging es in Köln, sondern darum, wer am ehesten imstande erschien, den weiteren Abstieg der Zentrumsfraktion aufzuhalten und sie in den nächsten Jahren wieder zu einer geistigen, politischen und organisatorischen Geschlossenheit zusammenzuführen. Persönlich habe ich mich in keinem Stadium um den Vorsitz der Partei beworben; wahr ist vielmehr folgendes:

1. Nach dem Kasseler Parteitag vor drei Jahren haben starke Kräfte der Partei auf mich dahingehend eingewirkt, daß ich meine gewerkschaftlichen Bindungen drängen und mich ausschließlich politisch exponieren möchte; ich habe abgelehnt.

2. Nach dem Tode des Herrn Fehrendach suchte mich wieder nachdrücklich zu bestimmen, den Vorsitz der Reichstagsfraktion zu übernehmen; ich habe abgelehnt.

3. Im letzten Frühjahr sind kurz vor dem Wahlkampf der Herr Parteivorsitzende Marx und der Herr Fraktionsvorsitzende v. Guérard hintereinander schwer erkrankt; so ist mir, ohne mein Zutun und gegen meinen Willen, als stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender die Aufgabe zugefallen, Partei und Fraktion gleichzeitig im letzten Jahre zu führen.

4. Bei Wiedergewählung des Reichstags im November bat man mich erneut, die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden endgültig anzunehmen. Ich lehnte wieder ab. Nach vielen Bepredungen, die sich um den Vorsitz der Fraktion und der Partei drehten, erklärte ich folgendes: Die Duplizität in den letzten zehn Jahren, monach ich auf der einen Seite stark parteipolitisch und auf der anderen Seite stark gewerkschaftlich exponiert war, lehne ich für die Zukunft ab. Ich gehöre künftig entweder ganz den Gewerkschaften oder ganz der Partei. Exponiere ich mich rein politisch, dann bin ich genötigt, den Vorsitz im Deutschen Gewerkschaftsbund und im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, im Aufsichtsrat der Tageszeitung „Der Deutsche“, im Aufsichtsrat der Deutschen Volksbank, im Aufsichtsrat des Deutschen Versicherungskonzerns (beides Millionenunternehmungen), den Einfluß auf die große christliche Gewerkschaftsschule in Königswinter usw. aufzugeben. Das tue ich nur in dem Falle, wo ich keine größere Aufgabe als in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gestellt werde. Die bloße Übernahme des Vorsitzes in der Fraktion oder die Übernahme des ersten Ministeriums sind als geringere Aufgabenkreise anzusehen.

Die deutsche Politik im allgemeinen und die Zentrumspolitik im besonderen kann ich auch dann stärker beeinflussen, wenn eine große Bewegung hinter mir steht und ich nicht Vorstehender einer Reichstagsfraktion oder überhaupt Inhaber eines Mandates bin.

Nur in der gleichzeitigen Führung der Fraktion und der Partei sehe ich eine größere Aufgabe als meine bisherige Tätigkeit.

Nur in diesem Falle bin ich bereit, meine gewerkschaftliche Führungsfunktion dranzugeben, um mich dann dem politischen und parlamentarischen Leben ausschließlich zu widmen.

Diese Sachlage bildet den Hintergrund dafür, daß der Partei-

Reichshaushaltsausschuß will sich vorbehalten, bei der Beratung des Reichshaushalts für 1929 zu prüfen, ob und inwieweit die Maßnahme über den Kreis der vorgenannten Firmen auszudehnen sei. Der sozialdemokratische Antrag will die Zinsverbilligung auf einen Betrag von 500 000 Mark, der in den Reichshaushalt 1929 eingelegt werden soll und nur für wiederanzubauende exportierende Liquidationsgefährdete beschränken. Der Antrag wurde ausführlich vom Genossen Schöpslin begründet. Der Inhalt der Debatte und die Abstimmung über die Vorlage des Wirtschaftsministeriums und die beiden genannten Anträge soll nun endlich in der Sitzung vom Mittwoch erfolgen.

Erminister Klotz als Scheckfälscher.

Antrag auf Aufhebung der Immunität.

Paris, 11. Dezember.

Im Senat gab heute Präsident Doumer bekannt, daß ein Antrag auf Strafverfolgung gegen einen Senator gestellt worden ist. Dieser Antrag wird, wie üblich, einem besonderen Ausschuss zur Beratung überwiesen werden. Nach Havas handelt es sich um die Strafverfolgung, die von der Staatsanwaltschaft gegen Senator Klotz eingeleitet wurde, den ehemaligen Finanzminister des Kabinetts Clemenceau, der, wie bereits berichtet, sich in eine Nervenklinik geben hat, und der Schecks ausgegeben haben soll, die ohne Deckung waren und daher von den betreffenden Banken nicht ausbezahlt wurden. Nach dem „Temps“ lautet die Anklage auch auf Fälschung.

Zum ersten Fall soll die Staatsanwaltschaft von einem Induzierten auf die Verschlingen des Senators Klotz aufmerksam gemacht worden sein. Klotz hatte diesem zwei Schecks in Höhe von 215 000 Franken für ein Automobil in Zahlung gegeben, die aber ohne Deckung waren; was die Fälschung betrifft, so hatte sich der Gouverneur der Bank von Frankreich an den Finanzminister gewandt mit dem Hinweis, daß Wechsel mit der gefälschten Unterschrift einer bekannten Pariser Firma vertrieben worden seien.

Von Klotz, dem ehemaligen Finanzminister unter Clemenceau und Mitglied der französischen Friedensdelegation, stammt die in ihrer Brutalität und Einfältigkeit berühmt gebliebene Parole: „Der Boche wird alles bezahlen müssen!“ Hat er sich etwa die Anwendung dieses Schlag-

wortes so gedacht, daß die Deutschen auch für seine späteren Spielverluste und gefälschten Schecks geradestehen müßten? Es entbehrt übrigens nicht eines gewissen Reizes, daß das historische Dokument von Versailles auch die Unterschrift eines Scheckfälschers trägt.

Kum ist Klotz in die klassische Nervenklinik La Malmaison bei Paris abgeschoben worden, in der die führenden Politiker Frankreichs zu landen pflegen, bei denen sich Geistesstörungen einstellen. Dieses Sanatorium hat in den letzten Jahren verschiedenen bekannten Staatsmännern als letzte Wohnstätte gedient, darunter einem anderen französischen Benennungsmächtigen in Versailles, dem damaligen Außenminister Stephen Pichon, der dort als Geisteskranker gestorben ist.

Nach den Trozkisten die Rykowaner.

Verhaftung eines führenden Rechtsoppositionellen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet, ist auf Befehl der GPU in Saratow der Vorsitzende des Ballungsamtes des örtlichen Gouvernements Altimow verhaftet worden. Der Verhaftete soll in geheimen Beziehungen zu der Rechtsopposition gestanden und ihnen Geldmittel zur Verfügung gestellt haben, die aus der Staatskasse stammten, zwecks Propaganda gegen Stalin. Die Verhaftung hat in Moskau großes Aufsehen erregt.

Unanulich endgültig Sieger? Wie aus den letzten aus Kabul eingetroffenen Meldungen hervorgeht, scheint der Zustand der Schinwaristämme völlig niedergeworfen und König Amanullah Herr der Lage zu sein. Die Regierung von Afghanistan hat alle möglichen Maßnahmen getroffen, um die Handelsstraßen von Kabul nach Peshawar vor der Wiederehrung ähnllicher Unfälle zu sichern. Kabul selbst ist mit Lebensmitteln völlig versorgt; das Leben in der Hauptstadt hat wieder sein normales Gepräge erlangt.

Die Äußerungen Dr. Hainlchs, die wir am Sonntag mit Vorbehalt wiedergegeben haben, sind nach ungenannt „amtlicher“ Wiener Berichterstattung ungenau wiedergegeben. Es wird gleichzeitig mitgeteilt, daß Hainlch bei seinem Scheiden aus dem Amt eine offizielle Ansprache halten wird. Keineswegs hatte er sich über die Vorfälle der letzten Zeit abfällig äußern wollen. Die Wiedergabe der Unterredung war dem Bundespräsidenten Dr. Hainlch vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt worden. Wir haben das jetzt vermuthungsweise ausgeprochen.

Reichsgericht!

Stressenote als Strafverleumdungseinrichtungen für schlechte Juristen!

Der Strafgesetzausschuss beschloß gestern mit dem einen Mitschnitt des Besetzungsworts, der die Angriffe gegen die republikanische Staatsform und verfassungsmäßige Körperlichkeiten betrifft.

Zum § 101, der demjenigen Gefängnis androht, der öffentlich die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft, beantragte Abg. Rosenfeld (Dnat.) die Streichung der Worte „republikanisch“ begründete dies Verlangen damit, daß die Staatsform wechselfähig sei, daß aber das Strafgesetz auf lange Zeit geschaffen werde und daher der Hinweis auf die Republik gestrichen werden müßte.

Abg. Rosenfeld (Soz.) erklärte für die sozialdemokratische Forderung, daß die republikanische Staatsform und den verfassungsmäßigen Körperlichkeiten jeden notwendigen Schutz gewährt werden dürfe, aber nicht annehmen, daß besonders scharfe Strafmaßnahmen besonders geeignet seien, zugunsten der geschützten Einrichtungen besondere Erwerbungen zu erwirken. Reichsminister Koch wendete sich gegen den deutschnationalen Antrag auf Streichung der Bezeichnung der geltenden Staatsform als eine republikanische. Er glaube an keine andere Staatsform als die, die verfassungsmäßig festgelegt sei. Diese muß geschützt werden. Wer an der Republik festhalte, könne sich nicht auf den Schutz dieses Antrags stellen. Er stimme Dr. Rosenfeld darin zu, daß es bedauerlich sei, daß das Reichsgericht in dem Urteil über die Judenrepublik keine Beschimpfung der Republik gesehen habe. Zum Schutz der Regierung reiche der Beleidigungsparagraf aus. Soweit, wo die Republik gestiftet sei, seien nicht mehr alle Bestimmungen notwendig, die man im Jahre 1922 für erforderlich erachtet habe.

Abg. Alexander (Komm.) kritisiert die zweierlei Rechtsprechung gegen rechts und links und wendet sich gegen den Besetzungswort. Abg. Wunderlich (D. Sp.) tritt für Einschränkung der Bestimmungen des Besetzungsworts ein. Abg. Hanemann (Dnat.) beantragt, auch die Gerichte in die Verleumdungen aufzunehmen, deren Beschimpfung unter Strafe gestellt wird.

Warum das Reichsgericht verlagert.

Abg. Lobe (Hsp. d. Dem.) hebt hervor, daß das Verbot von Beschimpfungen kein Schutz der Republik bedeute. Solange aber die jetzige Verleumdung bestehe, die sich in Beschimpfungen der gegenständlichen Meinung äußere, sei ein strafrechtlicher Schutz notwendig. Schuld an manchen falschen Urteilsprüchen sei die Mitwirkung der Laien, die zu falschen Feststellungen führe. Darauf sei auch zurückzuführen, daß Besetzungswörter mal so mal anders ausgelegt würden. Das Wort Jude sei kein Schimpfwort. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Hoch- und Landesverratsachen oft unrichtig sei, so beruhe dies darauf, daß die neuen Richter, die an das Reichsgericht kämen, mit solchen Sachen befaßt würden, ohne daß sie besondere Erfahrungen in Strafverfahren besäßen.

Es fehlten es als eine Strafverleumdung auf, wenn sie statt die Revisioninstanz an einen Strafenot kämen, dessen Tätigkeit die Beschäftigung mit Hoch- und Landesverratsachen sei. Solche Justizisten verstanden wenig vom Strafrecht, und das wirkte sich in der Rechtsprechung aus.

Abg. Rosenfeld wendet sich gegen den deutschnationalen Antrag, die Gerichte unter besonderen strafrechtlichen Schutz zu stellen. Wenn überhaupt etwas zur Verbesserung der Justiz führen könne, so sei es die Kritik an der Rechtsprechung. Es bestehe aber die Gefahr, daß solche Kritik unterbunden würde, wenn jede Beschimpfung von Gerichten unter besondere Strafe gestellt werde. Herr Lobe habe versucht, den Laienrichtern die Schuld an solchen Urteilen zuzuschreiben. Das müsse entschieden zurückgewiesen werden. Soweit Kritik der Tätigkeit der Laienrichter in der Rechtsprechung nicht. Wie kann davon geredet werden, daß das Wort Jude ein Schimpfwort sei? Die Absicht der Beleidigung sei doch klar erkennbar, wenn dies Wort einem anderen zugebracht werde. Wenn aber gar ein Lied gesungen werde: „Wir brauchen keine Judenrepublik“, so sei doch klar, daß das nur beleidigend und beschimpfend gemeint sein könnte. Die Ausführungen des Herrn Lobe über die Zusammenlegung des Reichsgerichts seien geradezu Entstellungen über die augenblickliche Verhältnisse. Denn diese Art der Verteilung der Reichsgerichtsräte auf die einzelnen Senate müsse sich natürlich gegen die Angeklagten ungünstig auswirken, die die Opfer derartiger Methoden der Zusammenlegung des Reichsgerichts seien.

Wenn die schlechtesten Richter in Hoch- und Landesverratsprozessen Urteile zu sprechen hätten, dann sei die bedauerliche Praxis des Reichsgerichts allerdings erklärlich. Diese Zustände müßten schleunigt beseitigt werden.

Oberreichsanwalt Ebermayer versucht die Enthüllungen des Abg. Lobe abzuschwächen, indem er hervorhebt, daß es wohl hin und wieder vorkäme, daß einer der Reichsgerichtsräte, die sich bisher nicht mit Strafverfahren beschäftigt hätten, in den Strafenot kämen. Man dürfe aber nicht von einer Strafverleumdung reden.

Abg. Herz wendet sich ebenfalls gegen Lobes Bemerkungen. Es würde gefährlich sein, wenn die Auffassung entstehen würde, daß das Reichsgericht allgemein so sei, wie Lobe mitgeteilt habe. Allerdings liegen in der Zusammenlegung des Reichsgerichts große Schwierigkeiten, die richtigen Männer in den richtigen Strafenot zu bringen. Das Vorschlagsrecht der Länder müsse bekräftigt werden. Auf diesem Gebiet sei es, obgleich er sonst Jüdenhass sei, für eine Stärkung der Reichsgewalt.

Nächste Sitzung am Donnerstag, dem 13. Dezember 1928.

Streitmann hatte gestern nachmittag in Lugano eine längere Unterredung mit Russolinis Abgeordneten Grandi. Grandi konfessierte mit Boldereros.

Die lästerliche Gasmaske.

Redungen Da Gericht erblickte in der Darstellung des Getreuzigen mit Gasmaske in Sotkolisierung und beurteilte den Kaiser George 607 zu 2000 Mk. Geldstrafe. — In Frankfurt a. M. warfen Gatenkreuzer bei einer Aufführung von Danceneren, Eben werden im Himmel geschossen, Stinkbomben auf die Bühne...



„Wenn die Menschen noch viel solchen Gestank machen, werde ich trotz allem zur Gasmaske greifen müssen...“

Gasriegeldebatte im Reichstag.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am Dienstag nachmittag den letzten Logungsabschnitt vor Weihnachten begonnen. Erster Verhandlungsgegenstand ist die erste Beratung des Genfer Protokolls wegen Verbot des Gasriegels.

Abg. Stoeker (Komm.): Das Genfer Protokoll ist eine Heuchelei. Die imperialistischen Mächte denken nicht daran, auf den Gasriegel zu verzichten, der schon 1899 und 1907 international verboten wurde. Im Weltkrieg hat der Giftgasriegel Organe zerstört. Das aber war nur ein Kinderpiel gegen die Schrecken eines neuen Krieges, die sich keine Phantasie ausmalen kann. Ueberall wird zum Gasriegel gerufen. (Rufe: Ruhschuld!) Die russischen Arbeiter und Bauern in Asien tragen mit einem Strohstrick den Angriff imperialistischer Mächte wehren. Die Kaufmänner über London haben gezeigt, daß ein Schutz gegen Bombenwürfe nicht besteht, von den 100 Flugzeugen wurden nur 12 gestrichelt! Die deutschen Flugzeuge sind gleichfalls zum Gasriegel bestimmt. Die Hamburger Giftgasstatastrophe mit ihren Dutzenden Toten und 300 Verletzten war nur ein kleines Beispiel dafür, daß überall in Deutschland Giftgaslager angelegt sind. Unsere Freunde in Hamburg haben endlich ein Gasbombenlager entdeckt. Wir legen eine Handgranate aus der Ebbingger Schützenartillerie auf den Tisch des Hauses. — Der Redner schlägt mit der Faust auf's Tisch. Auf dieses Zeichen hin legen die Kommunisten eine Granate auf den Tisch des Hauses.

Abg. v. Epp (Nat.-Soz.) Rede der Kommunisten: „Arbeiter-schächter von München!“, „Kochbuch!“, „Fleiger Schächter!“. Ich habe keine Arbeiter geschaltet, sondern als Führer einer Truppe im Auftrag der Reichsregierung mit dem mir gemieteten Ziel gekämpft. Als Soldat mußte ich das. (Erneute Rufe der Kommunisten.) Mit der Gasriegelverordnung des Vorredners bin ich ganz einverstanden. Der englische Premierminister Baldwin hat die ganze Vorkriegszeit als den größten Schwindel bezeichnet, der je vorgekommen ist; darunter fällt auch dieses Protokoll. Es schließt unser kleines Heer nicht vor dem Gasriegel. Für den Gasriegel unseres Volkes ist noch gar nichts getan. Wir stimmen zwar für das Protokoll, aber wir sind uns klar, daß es den Schutz unseres Volkes nicht verbürgt; den müßten wir selbst schaffen. Wie Ruhschuld tut, sollten wir uns zum Muster nehmen.

Damit ist die erste Beratung beendet. Es folgt die zweite, in der das Wort nicht verlangt wird. Unmittelbar vor ihrer Einladung wird das Gesetz wegen eines Zusatzantrages der Nationalsozialisten, die Bewilligung von 10 Millionen Mark für Gasriegelmittel der Bevölkerung einzufügen, dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Einige handelspolitische Staatsverträge gehen an den zuständigen Ausschuss, ein Vorlage auf weitere Entlohnung des Reichsgerichts an den Rechtsauschuss. Der Staatsvertrag betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich wird ohne Debatte verabschiedet.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Es folgt das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung. Durch das Gesetz werden Feuerwehren, Kranken- und Kuranstalten, Schauspielmieternachmittagen, Rundfunkanstalten, das Rote Kreuz, Großküchenbetriebe usw. in die Unfallversicherungspflicht einbezogen.

Abg. Luise Schröder (Soz.):

Erfreulich schnell nach ihrer Ernennung hat die neue Regierung dieses Gesetz vorgelegt, das wir längst gefordert haben. Die Ausschussberatungen haben die uns unerträglichen Ausnahmen aus dem Gesetz entfernt und neue Betriebe eingeschloß. Nicht nur das Krankenpersonal in Anstalten, sondern der gesamte öffentliche und private Gesundheitsdienst wird einbezogen, so Ambulatorienpersonal, Hebammen, des Wohlfahrtsdienstpersonal. Wir wünschen, daß auch die ehrenamtlich tätigen Helfer und Helferinnen hinzukommen und bitten um eine Befestigung durch die Reichsregierung. Ebenso wie die Lebensretter müssen auch die ehrenamtlichen Helfer unzulässig sein. Wir wünschen eine einheitliche Unfallversicherungsanstalt für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege und Rettung der „Hausfunktionen“. Erfreulich ist die Einbeziehung des Heberwachtungspersonals von Bauten und Betrieben. Wenn auch nicht das gesamte Gas- und Schanngewerbe, so ist doch ein erheblicher Teil eingeschlossen, besonders auch das Verwaltungen- und kaufmännische Personal. Es wird nicht mehr Abweisung möglich sein, weil der Unfall in einem nicht versicherungspflichtigen Teil des Betriebes erfolgt ist. Wir begrüßen

diesen Fortschritt, für den wir seit Jahren gekämpft haben, und der unter dem Bürgerblock nicht zu erzielen war. Wir werden weiter kämpfen, bis wir erreicht haben, daß alle Berufe und alle ihre Angehörigen gegen Unfall versichert sind. Möge die Reichsregierung baldigt eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Reichstag vorlegen. Gerade die unmodernsten Kleinbetriebe bringen heute die größten Gefahren für die Beschäftigten mit sich. Rari mit dem zweierlei Versicherungsrecht und her mit der Unfallversicherung der Hausangestellten, die seit über 18 Jahren damit kämpfen. Die Unfallgefahr im Haus ist durch das Vordringen der elektrischen Apparate erhöht.

Unabwendbar ungerührt ist die Berechnung der Unfallrenten zum Schauen, die vor langen Jahren galten, so daß die Renten von 30 Mk. im Monat gezahlt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern in einer Entschloßung, daß die Reichsregierung die Renten auf Grund der jetzigen Lohnverhältnisse neu festlegen. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo alle Arbeiter und Angestellten in die Unfallversicherung einbezogen sind. (Beif. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Gol (Dnat.) bemängelt die Vorlage als zu weit gehend. Sie werde Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit fördern und die Vorzüge für den eigenen Schutz zurückdrängen lassen. Die Erweiterung der Vorlage durch den Ausschuss ist für uns unannehmbar. Er begründet einen Antrag, wiewohl in versicherungspflichtigen Betrieben die Angestellten nicht versicherungspflichtig sein sollen.

Abg. Schmitt-Warberg (Komm.): Das Gesetz bringt einige kleine Verbesserungen, ist aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die rasch anwachsenden Unfallzahlen zeigen die Notwendigkeit viel stärkerer Abhilfe. Der Redner empfiehlt die Annahme seiner Vorlage.

Abg. Töle (D. Sp.): Man wird doch nicht das ganze Personal unversicherungspflichtig machen, weil der Fahrtenführer es ist. Um hergeleitete zu vermeiden, stellen wir einen Antrag, der eine die Unterwerfung der Berliner Bureaus eines westlichen Industriekonzerns verhindern will.

Gegenüber dem Abg. Gol stehe ich fest, daß die deutschnationalen Parteien im Wahlkampf das gefordert hat, den sie sich von abwehrte.

Für den Antrag des Herrn Gol werden sich die deutschnationalen Angehörigen bedanken. Die Angestellten der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sind bereits sehr gut versichert, die Städte sind gegen diese neue Versicherung, die ihnen entzogen ist.

Ministerialdirektor Dr. Otletier gibt im Namen der Reichsregierung die von Frau Schröder gewünschte Zusage wegen Einbeziehung der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege.

Damit schließt die Besprechung. Mittwoch 3 Uhr: Erhöhung des Zuckers. — Abstimmung über die Unfallversicherungsnotelle. Schluß 6 Uhr.

Berufsbliche Arbeitslosigkeit.

Die Verhandlungen im Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag zur Beratung der Regierungsvorlage über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit zusammen. In der einleitenden Aussprache erklärte Abg. Müller-Veltberg (Soz.), daß seine Fraktion sich auf den Boden der Regierungsvorlage stelle. Sie befände sich damit in Übereinstimmung mit den beteiligten Gewerkschaften der Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Gärtner und der sonstigen Saisonarbeiter, von denen dem Reichstag zahlreiche Kundgebungen vorliegen. Der außerdem noch vorliegende, von der Regierungsvorlage abweichende Antrag, der in Vorberathungen der Regierungsparteien entstanden ist, könne schon deshalb nicht aufrechterhalten werden, weil in ihm die Unterscheidung zwischen Stadt und Land durch die Bestimmung einer Einwohnergrenze von 100 000 Einwohner getroffen werde. Danach würden alle Städte und industriellen Orte unter 100 000 Einwohnern dem höchsten Lande gleichgestellt und die beteiligten Saisonarbeiter aufs härteste geschädigt. Die übrigen Regierungsparteien beantragten Verzicht, um in den Fraktionen nochmals Stellung nehmen zu können. — Weiterberatung Mittwoch.

Billige Angebote aus unserem GROSSEN WEIHNACHTS-VERKAUF



Unsere Schallplatten

Hertie Rekord Kleine Hertie

gute vollwertige Qualität... **225 325** 18 cm **90** Pf.

Reiches Repertoire - Steter Eingang von Neuheiten

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer Schallplatten-Verzeichnisse

Haubenapparat

(wie Abb. 3), neue Tonfuhrung, Doppelschnecken-Federwerk, Elche..... **86⁵⁰**

Der Apparat in einfacher Ausführung 52.00

Schrankapparat

(wie Abb. 1), neue Metalltonfuhrung, voller Ton, Elche **132⁰⁰**

Kofferapparat

(wie Abb. 2), Lederimitation, Schalltonarm, orals Tonfuhrung **25⁵⁰**

Netzanschluss-Volksempfanger

(w. Abb. 6), für Wechselstrom, mit „Lysa“-Lautsprecher aus. **98⁵⁰**

Kompl. Lautsprecheranlage

(wie Abb. 5), für Batteriebetrieb, m. Drei-Lampen-Apparat, Lautsprecher, Batterien u. Spulen **69⁵⁰**

„Lysa“-Lautsprecher

(wie Abb. 4), klingeln und lautstark **19⁷⁵**

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnensr. • Kolbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr. • Chausseest. •

Neu eingerichtet: Spezial-Silberwaren-Abteilung

Leipziger Strasse, II. Stock



Neu eingerichtet Verkaufsstelle der **Ludwig Moser & Söhne** Kristallglasfabr., Karlshorst, Grosser Auswahl in Kunstglasern und Weingarnituren

Leipziger Strasse, III. Stock

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., d. 12. 12	Mittw., d. 12. 12
Staats-Oper Jaser & Linden A.-V. 184 19 Uhr	Stadische Oper Ismarckstr. Turnus IV 19 ¹⁵ Uhr
Tristan u. Isolde	Othello
Staats-Oper am „Ld. Republik“ R.-S. 192 20 Uhr	Itali. Schauspiel u. Instrumental A.-V. 225 20 Uhr
Salome	Die Petroleum-Inseln
Staatl. Schiller-Theater, Charlottb. 20 Uhr	
Der Londoner verlor sein Sohn	

Metropol-Theater

Täglich 8¹⁵ Uhr

Friederike

Franz Lehar dirigiert

Käthe Dorich

Richard Sauber

Gulde Warner • Vespermann
Arnold • Starnberg • Dora
Weg • Klumburg • Schönemann

Die Rolle ist den jungen
Tag gewidmet.

Telephon Zentrum 378 u. 9263

8¹⁵ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹⁵ Uhr
Lottgranger Strasse 37.

Der neue Posse-Schlager!

August, die Kanone!

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.

Für unsere Leser Gutschein für 1-4 Pers.
Fahrt frei nur 1.15 M., Senzel 1.65 M.,
sonstige Preise: Parkett u. Rang 4.50 M.

Volksbühne

Theater am Blowplatz 8 Uhr

Macbeth

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr

Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater

8 Uhr

Schneider Wibbels Auferstehung

Staatl. Schiller-Th.

8 Uhr

Der Londoner verlor sein Sohn

Th. am Johanniskirchhof

Täglich 8 Uhr

Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valer, Ander, Geyron, Schaufel, Köhl, Lvovsk.

Wochen: Herd 114 u. 281

Vorverkauf auch im Pavillon d. Reinhardttheater, Kurtfurstendamm, Ecke Uhlandstrasse Bismarck 448 u. 449.

Deutsches Theater

Norden 12.310

18 Uhr

Die Verbrecher

Schauspiel von Ferdinand Brückner
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele

Norden 12.310

1/2 U. Ende geg. 10

„Es werden im Himmel geschlossen“

Komödie von Walter Hasenclever
Regie: Forster Larrinaga.

Die Komödie

Bismarck 2414/7316

1/2 U. Ende 10¹⁵

„Olympia“

von Franz Molnar
Regie: Forster Larrinaga.

Barnowsky-Bühnen

Theater in der Königsplatz-Strasse 8¹⁵ Uhr

Bevalde im Erziehungsheim

Schauspiel von P. M. Lampel.

Komodienhaus

Tgl. 8¹⁵ Uhr

Wer sollte es sonst sein?

v. Felix Jacobson

Planetarium am Zoo

Wies. Judenstr. 187a

18 Uhr

Der Sternhimmel im Winter

18 Uhr

Erde und Weltraum.

20 Uhr

Sonne u. Sterne

HALLER-REVUE

„Schön und schick“

(1. u. 2. Admittipast)

Täglich 8¹⁵ Uhr

Mittwoch und Sonnabend 9¹⁵ U.

Frau Holle

Märchenspiel. Kleine Preise

Thalia-Theater

residenzer Str. 72-74

8 Uhr

Schneider Wibbels Auferstehung

Jenckel, Graditzinski.

Th. L. d. Lützowstr.

Kurtl. 9209.

Täglich 8¹⁵ Uhr

Sonntags auch 4 Uhr

L. M. Lomme

in

„Ranzendorfer“

auf Welle 0,5⁵

und Tonhorner
niedrige Preise

Saltburg-Bühnen

Ottack. Königstr.-Th.

8 Uhr

Die Herzogin von Chicago

von Max Tarnow & König

Lesing-Theater

8¹⁵ Uhr

Sünden der Jugend

mit Albert und Else Bussermann

Theater am Nollendorfplatz

Täglich 8¹⁵ Uhr

Wiener Blut

Oper v. Joh. Strauß

Heute 4 Uhr

Das neugierige Sternlein

Spritzpumpen

1. Katalogpreis 1.7 M., ab 1.50 M. an

1000er Verkauf. Krauer & Lehmann, Postfach 1414, Berlin, Alexanderstr. 14

SCALA

8 Uhr 65. Barbarossa 9256

Schnellers Revue und das grosse Weihnachts-Programm.

Großes Schauspielhaus

CASANOVA

mit Michael Bohnen. Regie: Charrell.
Sonntag 3 U. Nachmittags-Vorstellung.
(4. halb Preisen ungekürzte Vorst.)

Theater a. Kolbuser Damm

Kolbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077

Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (erm. Preise)

Elite-Sänger

Weihnachtsprogramm

Das große Ereignis

1. 1.40, 1.70, 2. 2.50 Mk.
Nachm. 0.75, 1. 1.25 Mk.
1.50, 1.75 Mk.

Renaissance-Theater

Täglich 8 Uhr:

„November in Oesterreich“.

Regie: Gust. Hartung.

Wintergarten

Täglich 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Das grandiose Weihnachtsprogramm!

Reichshausen-Theater

Abends 8¹⁵ Sonnt. nachm. 3¹⁵

Stieffner Sänger

Ramlet im Ringstadten

das ist das große Weihnachtsprogramm! Max m. hal u. Pr.

Dönhoff-Brettel:

Konzert - Tanz - Varieté.

Dr. Programm: Karl Braun / Ernst Waller.

Norddeutscher Lloyd Bremen

Schiffsfahrkarten nach allen Weltteilen

Auswanderer

erhalten kostenlose Auskunft und persönliche Beratung in und außer dem Hause über alle Reiseangelegenheiten und Auswanderungsbestimmungen bei der **staatl. konzessionierten Auswanderungs-Agentur**

Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Ho. et Ad. on L. Fernsp. Zentrum 12.230 u. 12.231).
F. Monaus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter und Siedler Bahnhof), Fernsp. Norden 12.241 u. 7916.
Weihnachtsbureau „Uelou“, Unter den Linden 22.

Komische Oper

James-Klein-Revue:

Tausend nackte Frauen!

Die große Revue der „Freien Liebe“

Parkett nur 4.50 Mark.

Wintergarten

Täglich 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Das grandiose Weihnachtsprogramm!

Großer Weihnachts-Verkauf

für Marzipan u. Honigkuchen

Honigkuchenhandchen

zu 2.50 und 4.-

Honigkuchen-Sortimente

in Packungen

zu 6.-, 12.-, 15.-

F. W. GUMPERT, Berlin C 2

Konditorei und Café, Versandgeschäft

Königstr. 22-24, Zweiggeschaft: O34, Frankfurter Allee 336

51 Berlin 0625

Norddeutscher Lloyd Bremen

Schiffsfahrkarten nach allen Weltteilen

Auswanderer

erhalten kostenlose Auskunft und persönliche Beratung in und außer dem Hause über alle Reiseangelegenheiten und Auswanderungsbestimmungen bei der **staatl. konzessionierten Auswanderungs-Agentur**

Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Ho. et Ad. on L. Fernsp. Zentrum 12.230 u. 12.231).
F. Monaus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter und Siedler Bahnhof), Fernsp. Norden 12.241 u. 7916.
Weihnachtsbureau „Uelou“, Unter den Linden 22.